



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Aktive Beteiligung des Parlaments an den geplanten grundlegenden Veränderungen im Bereich der Informations- und Kommunikationsstrategie des Landes

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag vor einer entsprechenden Entscheidung und vor Paraphierung eines Staatsvertrages im Bereich der Informations- und Kommunikationsstrategie des Landes rechtzeitig und direkt einzubeziehen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) dem Landtag nach § 7 Abs. 2 LHO eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung einschließlich eines Vergleichs von Alternativen vorzulegen;
 - b) den Landtag in Kenntnis zu setzen, welche Bereiche beim Land verbleiben, welche zu Dataport übergehen sollen und welche Kosten das Land entsprechend zu tragen hat;
 - c) vorab über einmalige und regelmäßige Kosten des Beitritts zu Dataport berichten;
 - d) die Auswirkungen auf das Personal unter Beachtung des BVerfG-Urteils vom 25. Januar 2011 darzustellen;
 - e) den Einfluss des Landes auf die Anstalt öffentlichen Rechts entsprechend des geplanten Anteils des Landes abzuwägen;
 - f) die Folgen des Beitritts für die mittelbare Landesverwaltung (u. a. Hochschulen und Kommunen) zu erläutern;
 - g) die Auswirkungen auf den Weiterbestand der Oberfinanzdirektion und auf die Abteilung 6 des Ministeriums der Finanzen zu erläutern.

(Ausgegeben am 30.05.2012)

Begründung

Die Landesregierung beabsichtigt, die Informations- und Kommunikationsstrategie künftig nicht mehr selbst umzusetzen, sondern dem Staatsvertrag der nordostdeutschen Länder zu Dataport (Anstalt öffentlichen Rechts) beizutreten. Damit ist im Vergleich zu den Haushaltsberatungen 2011 zum Doppelhaushalt 2012/2013 in kürzester Zeit eine grundlegende Neuausrichtung der Landesregierung auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Eine Information des Finanzausschusses ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht ausreichend. Die geplanten Änderungen sind so grundsätzlicher Art und von langfristigen finanziellen Auswirkungen, dass es nicht ausreicht, dass das Parlament lediglich den Staatsvertrag zu verhandeln hat.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender